

# Metas Vorgehen gegen Redefreiheit über Palästina ist alles andere als unbeabsichtigt

Marwa Fatafta, 972mag.com, 09.10.22

**Ein Bericht über den Social-Media-Giganten bestätigte im Mai 2021 palästinensische Erfahrungen mit Zensur, versäumte aber zu zeigen, dass diese Politik von vornherein voreingenommen ist.**

*Meta* hat Klassifizierungsverfahren entwickelt, die beurteilen, ob ein Inhalt in eine „Kategorie“ passt, die gegen die Richtlinien der Plattform verstößt, um feindselige arabische Äußerungen automatisch zu erkennen und zu entfernen, während es für Hebräisch keine gibt.

Rassistische Verunglimpfungen, Aufforderungen zur Gewalt und sogar direkte Aufrufe zu Mord und Völkermord an Palästinenser:innen in hebräischer Sprache wurden auf *Facebook* und *Instagram* unvermindert weiter gepostet.

Nach langer Wartezeit und Verzögerung hat eine unabhängige Beratungsfirma endlich ihren Bericht (1) über das Verhalten von *Meta* - dem Soziale-Medien-Konzern, der *Facebook*, *Instagram* und *WhatsApp* betreibt - während der Ereignisse im Mai 2021 in Israel-Palästina veröffentlicht.

Nach einer Reihe von Zensurmaßnahmen in jenem gewalttätigen Monat, in dem es zu einem Massenaufstand der Palästinenser:innen, israelischer Repression und einem Krieg gegen den Gazastreifen kam, beauftragte *Meta Business for Social Responsibility (BSR)* mit der Überprüfung seiner Moderationsrichtlinien für arabisch- und hebräischsprachige Inhalte auf allen drei Plattformen und mit der Erstellung eines Berichts über die Sorgfaltspflicht im Bereich der Menschenrechte.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen des *BSR*-Berichts gehört, dass *Metas* Zensur nicht nur die Grundrechte der Palästinenser:innen verletzt, sondern auch seine Richtlinien zur Moderation der Inhalte nicht in gleicher Weise auf die beiden Sprachen anwendet. Arabische Inhalte wurden übermäßig moderiert, während hebräische Inhalte weitgehend unangetastet blieben.

Diese Ergebnisse sind keine Überraschung. Sie bestätigen die Erfahrungen der Mehrheit der palästinensischen Nutzer:innen aller *Meta*-Plattformen, die seit langem kritisieren, dass die Zensurpraktiken des Unternehmens diskriminierend und systematisch sind. Die Ergebnisse ergänzen die über viele Jahre hinweg dokumentierten Beweise, die zeigen, dass *Meta* in der israelisch-palästinensischen Frage alles andere als ein neutraler Vermittler ist.

Obwohl der Bericht begrüßenswert ist was Transparenz und Rechenschaftspflicht angeht, verkennt er dennoch den größeren Zusammenhang, der *Metas* voreingenommene Politik und seinen Maßnahmen zugrunde liegt, nämlich die Tatsache dass dies kein Zufall, sondern Absicht ist.

## Schattenverbote und Überregulierung

Während Israels brutalem Vorgehen gegen palästinensische Demonstrant:innen in der Altstadt von Jerusalem, im Viertel Sheikh Jarrah Ende April und im Mai 2021, sowie während des militärischen Angriffs auf den Gazastreifen und des darauf folgenden Aufstands haben viele Palästinenser:innen in den sozialen Medien die Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen des israelischen Regimes minutengenau dokumentiert.

Fast sofort begannen die Sozialen Medien, darunter auch *Meta*, gegen palästinensische Beiträge vorzugehen. Konten von palästinensischen Aktivist:innen, Journalist:innen und Augenzeugen wurden willkürlich gesperrt und ihre Inhalte systematisch gelöscht. Einige Nutzer:innen wurden auch kurz nachdem sie öffentlich ihre Unterstützung und Solidarität mit den Palästinenser:innen zum Ausdruck gebracht hatten gesperrt, während andere feststellten, dass ihre Beiträge bezüglich Palästinas, die Sichtbarkeit unter ihren Anhängern stark verringert hatten.

Gleichzeitig wurden Dutzende von israelischen Gruppenchats der Art „Tod den Arabern“ auf *WhatsApp* gegründet, um Pogrome gegen palästinensische Gemeinden, sowohl in Israel, als auch in der besetzten Westbank zu organisieren. Rassistische Verunglimpfungen, Aufforderungen zur Gewalt und sogar direkte Aufrufe zu Mord und Völkermord an Palästinenser:innen in hebräischer Sprache wurden auf *Facebook* und *Instagram* unvermindert weiter gepostet.

Nach den Feststellungen des *Unternehmen-für-soziale-Verantwortung-Berichts* hatte *Meta*s übermäßige Anwendung seiner Politik bezüglich arabischer Inhalte, einschließlich fehlerhafter und willkürlicher Löschungen und Sperrungen, „negative Auswirkungen“ auf die Rechte der Palästinenser:innen auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, politische Teilhabe, körperliche Sicherheit, Nichtdiskriminierung, Schutz vor Hetze und Zugang zu Rechtsmitteln.

Insbesondere stellte der Bericht fest, dass *Meta* in diesem Zeitraum arabische Inhalte häufiger zensurierte als hebräische, und dass die Aufdeckung „potenziell verletzender arabischer Inhalte“ viel höher war als die hebräischer. Der Grund dafür ist, dass *Meta* Klassifizierungsverfahren entwickelt hat, also prognostische Algorithmen, die beurteilen, ob ein Inhalt in eine „Kategorie“ passt, die gegen die Richtlinien der Plattform verstößt, um feindselige arabische Äußerungen automatisch zu erkennen und zu entfernen, während es für Hebräisch keine gibt.

## Absichtliche Einseitigkeit

Obwohl in dem Bericht behauptet wird, dass *Meta*s Voreingenommenheit gegenüber Palästinenser:innen „unbeabsichtigt“ sei, geht dies an der Frage vorbei, wie institutionelle und strukturelle Diskriminierung und Rassismus tatsächlich funktionieren. Mit anderen Worten: Das System des Unternehmens zur Moderation von Inhalten ist nicht nur aufgrund seiner selektiven Anwendung diskriminierend, sondern auch aufgrund seines Konzeptes. Ein Beispiel ist *Meta*s Terrorismus-Richtlinien, die so genannte *Dangerous Individuals and Organizations-Politik (DIO)* [Politik gegenüber gefährlichen Einzelpersonen und Organisationen]. Das Unternehmen weigert sich zwar, öffentlich zu erklären, wen es als „gefährlich“ oder „terroristisch“ einstuft und verbietet, aber eine an die Öffentlichkeit gelangte Liste von 4.000 Personen und Gruppen (2) zeigt, dass es unverhältnismäßig viele muslimische Gemeinschaften aus dem Nahen Osten und Südasien ins Visier nimmt.

Dies erklärt teilweise, warum laut dem Bericht „*Metas* DOI-Politik und die Liste eher palästinensische und arabischsprachige Nutzer:innen betreffen, sowohl aufgrund von *Metas* Interpretation der rechtlichen Verpflichtungen, als auch irrtümlich“.

**Keine Klassifikatoren für hebräische Hassreden zu erstellen, obwohl sie weit verbreitet sind, ist eine Entscheidung.**

**Pro-zionistische Äußerungen zu schützen und gleichzeitig die direkte Dokumentation israelischer Rechtsverletzungen zu löschen, ist eine Entscheidung.**

**Die Erfüllung von Zensuraufforderungen einer Besatzungsmacht gegenüber ihrer besetzten Bevölkerung ist eine Entscheidung.**

**Es ist Zeit für *Meta*, anders zu entscheiden.**

Darüberhinaus ist die Behandlung der globalen nicht-westlichen Mehrheit durch das Unternehmen, das nur wenige Investitionen und Ressourcen zur Verfügung stellt, ein strukturelles Problem, das Palästina betrifft. Von Myanmar bis Äthiopien behandelt *Meta* nicht-englische Sprachen und Gemeinschaften außerhalb der Vereinigten Staaten und Europas als nicht wichtig, trotz der fatalen Folgen von unmoderierten Hassreden und der Aufstachelung zur Gewalt (3).

Die Doppelmoral, die in Israel und Palästina zu beobachten ist, hängt daher mit tiefgreifenden Problemen zusammen, die den globalen Praktiken des Social-Media-Unternehmens zugrunde liegen. Im Gegensatz zu *Metas* Menschenrechtspolitik (4), die nur zwei Monate vor der Krise im Mai eingeführt wurde, hat das Unternehmen den Schutz der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen auf seinen Plattformen immer wieder eklatant missachtet.

*Meta* handelt nicht in seligem Unwissen. Seine schnelle Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine zeigt, dass das Unternehmen handeln kann, wenn es will - wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Trotz gründlicher Dokumentierung von Zensur, Desinformation, geplanter Gewalt und Hassreden gegen Palästinenser:innen hat *Meta* es versäumt, irgendwelche sinnvollen und ernsthaften Maßnahmen zu ergreifen.

Tatsächlich wiederholen sich die gleichen Verstöße immer wieder. Als beispielsweise im April 2022 - fast ein Jahr nach den Sheikh Jarrah-Protesten - in Jerusalem Gewalt ausbrach, schloss *Facebook* die Seite der palästinensischen Nachrichtenseite *Al Qastal*, die live von der gewaltsamen Erstürmung der Al-Aqsa-Moschee durch die israelischen Besatzungstruppen berichtete (5). Die Tatsache, dass *Meta* trotz umfangreicher Beweise die Augen vor den negativen Auswirkungen seiner Maßnahmen auf eine unterdrückte Bevölkerungsgruppe verschließt, macht deutlich, dass seine Voreingenommenheit in Wirklichkeit vorsätzlich ist.

### **Das Ergebnis des Einsatzes**

Die Reaktion von *Meta* auf den Bericht war bisher wenig überzeugend. Zum einen hat *Meta* kein Fehlverhalten öffentlich eingeräumt: In einer Fußnote heißt es, dass die Erklärung nicht als Eingeständnis, Zustimmung oder Akzeptanz der ermittelten Feststellungen, Schlussfolgerungen, Meinungen oder Standpunkte zu verstehen ist und dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Reformen nicht als Eingeständnis eines Fehlverhaltens gewertet werden sollte.

Zum anderen hat *Meta* zwar die 21 unverbindlichen Empfehlungen des *BSR*-Berichts zur Behebung der negativen Auswirkungen seiner Maßnahmen auf die Rechte der Palästinenser:innen anerkannt, aber keinen konkreten Zeitplan für die Ergreifung von Maßnahmen vorgelegt. Zu diesen wichtigen Empfehlungen gehören die Überprüfung der *DIO*-Politik des Unternehmens und die Kennzeichnung verstorbener historischer Persönlichkeiten, die Entwicklung von Klassifizierern für hebräischsprachige Inhalte und die Schaffung von Transparenz für die Nutzer:innen bezüglich der Durchsetzungsmaßnahmen wie die Einschränkung von Funktionen (Shadowbanning).

Außerdem lehnte *Meta* eine Empfehlung des *BSR*-Berichts ab, in der die Finanzierung einer öffentlichen Untersuchung gefordert wurde, um die rechtlichen Verpflichtungen des Unternehmens zur Terrorimusbekämpfung im Vergleich zu seinen derzeitigen Strategien und Maßnahmen zu untersuchen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass *Meta* den Bericht nicht aus reinem Wohlwollen in Auftrag gegeben hat, sondern aufgrund der anhaltenden öffentlichen und privaten Kampagnen palästinensischer, regionaler und globaler Aktivist:innen und Menschenrechtsgruppen, die das Unternehmen aufforderten, die Meinungsfreiheit bezüglich Palästinas nicht länger zu unterdrücken. Jetzt, da die Ergebnisse vorliegen, müssen wir weiterhin fordern, dass *Meta* die Rechte der Menschen respektiert und sie für ihre Zensur zur Rechenschaft zieht.

An diesem Punkt kann sich *Meta* nicht der Verantwortung für seine parteiische Moderation palästinensischer Inhalte drücken. Keine Klassifikatoren für hebräische Hassreden zu erstellen, obwohl sie weit verbreitet sind, ist eine Entscheidung. Pro-zionistische Äußerungen zu schützen und gleichzeitig die direkte Dokumentation israelischer Rechtsverletzungen zu löschen, ist eine Entscheidung. Die Erfüllung von Zensuraufforderungen einer Besatzungsmacht gegenüber ihrer besetzten Bevölkerung ist eine Entscheidung. Es ist Zeit für *Meta*, anders zu entscheiden.

*Marwa Fatafta leitet als MENA Policy Manager die Arbeit von Access Now zu digitalen Rechten in der Region Naher Osten und Nordafrika. Sie ist Mitglied der palästinensischen Organisation für digitale Rechte 7amleh und politische Analystin bei Al-Shabaka, dem palästinensischen Politiknetzwerk.*

Quelle: <https://www.972mag.com/meta-arabic-palestine-censorship/>

1. <https://www.bsr.org/en/our-insights/report-view/meta-human-rights-israel-palestine>
2. <https://theintercept.com/document/2021/10/12/facebook-dangerous-individuals-and-organizations-list-reproduced-snapshot/>
3. <https://www.amnesty.org/en/documents/ASA16/5933/2022/en/>
4. <https://about.fb.com/wp-content/uploads/2021/04/Facebooks-Corporate-Human-Rights-Policy.pdf>
5. <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-facebook-suspends-news-page-aqsa-raid-coverage>

(Innerhalb des Originalartikels gibt es weitere Links)

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de